

Ende Jahr wird klar, welche Atomkraftwerke in Planung bleiben

Die Einigung ist in Sicht: Energiekonzerne und Kantone wollen sich bis Dezember einigen, wo und wann neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen.

Den Befürwortern neuer Kernkraftwerke kann es nicht schnell genug gehen. Am liebsten schon in drei Jahren soll das Schweizervolk über den Bau eines neuen Atomkraftwerks abstimmen. Die Gegner hingegen nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich die Stromkonzerne bisher darum balgen, wer als Erster wo ein neues Atomkraftwerk bauen darf. Damit werden der Volksentscheid und ein möglicher Baubeginn immer weiter hinausgezögert. Bis es so weit ist - so die Hoffnung der Atomgegner -, wird der Siegeszug der erneuerbaren Energien ein neues Atomkraftwerk überflüssig machen.

Die zuständige Kommission des Ständerates hat jetzt Druck aufgesetzt, dass sich die Stromkonzerne einigen - und dies offenbar erfolgreich: Bis Ende Jahr wollen Alpiq, Axpo, BKW sowie die betroffenen Standortkantone bekannt geben, welchen zwei der jetzt zur Auswahl stehenden Standorte sie den Vorzug geben. Zurzeit ist noch nicht klar, welches der drei eingereichten Rahmengesuche dabei die schlechtesten Karten hat. Gösigen (Alpiq) ging erst 1979 ans Netz. Ein Ersatz für das bestehende Kernkraftwerk ist deshalb weniger dringlich als im Fall von Beznau (Axpo) oder Mühleberg (BKW). Bei Mühleberg wird hingegen die politische Akzeptanz im Kanton und in der nahen Stadt Bern als am ge-

ringsten eingestuft.

Gemäss der Einschätzung verschiedener Experten wird es darauf hinauslaufen, dass sich alle drei grossen Stromversorger zusammen am Bau eines neuen Kernkraftwerkes beteiligen, denn das finanzielle Risiko beim Bau einer solchen Anlage ist ziemlich gross. Faktisch wäre damit der Wettbewerb bei der Versorgung mit Kernenergie ausgeschaltet. Die drei Grossen verfügen über ein Monopol.

Kraftwerke später vom Netz?

Bis sich die Stromkonzerne auf das weitere Vorgehen geeinigt haben, will die ständerätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie die weitere Diskussion um künftige Grosskraftwerke in der Schweiz sistieren. Eine der grossen offenen Fragen bleibt, ob es zur Deckung des Strombedarfs zumindest für eine Übergangszeit Gaskraftwerke braucht. Mit der heutigen Regelung zur Kompensation des CO₂-Ausstosses könnten solche Anlagen allerdings gar nicht wirtschaftlich betrieben werden. Die strengen Auflagen des Parlamentes sehen vor, dass 70 Prozent der Emissionen in der Schweiz kompensiert werden müssen. Lediglich 30 Prozent dürfen durch den Erwerb sogenannter Klimazertifikate im Ausland gedeckt werden. Der Bundesrat schlägt neu deshalb eine Kompensationslösung mit 50 zu 50 Prozent vor. Die Schweiz solle allfälligen Strommangel lieber durch solche Anlagen mit vergleichsweise strengen Auflagen im Inland decken als durch noch klimaschädigendere Anlagen im Ausland.

Die Stromproduzenten überraschten

nun aber gegenüber der Ständeratskommission mit der Aussage, dass die angebliche Stromlücke gar nicht so gross werde wie vorhergesagt. Sie wollen die Lücke dadurch stopfen, dass sie die älteren Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg bis 2025 am Netz lassen. Diese Betriebsverlängerungen sind aber bei weitem noch nicht unter Dach und Fach. Es ist durchaus möglich, dass die Bewilligungsbehörden im Falle von Sicherheitsmängeln das Abschalten der älteren Anlagen verfügen.

Umstieg dank AKW-Geldern?

Die erneuerbaren Energien haben bei der Diskussion in der Ständeratskommission nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Dies dürfte sich ändern mit einer parlamentarischen Initiative, die im November in der Schwesterkommission des Nationalrates diskutiert wird. Der Zürcher Nationalrat Martin Bäumle (Grünliberale) will Atomstrom durch eine «Risikoprämie» von fünf Rappen pro Kilowattstunde verteuern. Dieses Geld soll in den Ausbau erneuerbarer Energien fliessen. Dafür will Bäumle die bestehenden AKW - so wie es die Stromproduzenten gerne möchten - länger als 40 Jahre laufen lassen. Diese Idee wird in Deutschland zurzeit heiss diskutiert. Mit der Abgabe auf Atomstrom soll der Umstieg auf erneuerbare Energien finanziert werden. In der Schweiz scheinen die Chancen auf eine solche neue Energiesteuer auf den ersten Blick eher gering. Wenn es darum geht, eine breite Mehrheit für die Bewilligung längerer Laufzeiten zu finden, so könnte sich diese Idee allerdings als nützlicher Pfeiler erweisen.

Christian von Burg, Bern